

Hans Kurle – Material 1

Der Novemberpogrom vom 10. November 1938 in Rastatt

Am 7. November 1938 verübte der 17jährige polnische Jude Herschel Grynszpan in Paris ein Attentat auf den deutschen Botschaftssekretär Ernst vom Rath, um in seiner Verzweiflung auf das Schicksal seiner Familie hinzuweisen. Diese war zusammen mit ca. 15.000 anderen polnischen Juden am 28. Oktober 1938 nach Polen abgeschoben worden.

Am 9. November 1938 erlag vom Rath seinen Schußverletzungen. Den Nationalsozialisten diente das Attentat als Vorwand für den darauffolgenden, euphemistisch als „Reichskristallnacht“ bezeichneten Pogrom, der in der Presse als spontane Vergeltungsaktion des deutschen Volkes hingestellt wurde. Die Pogromnacht war allerdings von langer Hand geplant, der Mord an vom Rath bot nur einen willkommenen Anlaß zu ihrer Durchführung.

Nach den Aussagen des damaligen Bürgermeisters Josef Kalmbacher in einem Prozeß 1948 erfuhren er und der Ortsgruppenleiter Hund im Büro des Kreisleiters Dieffenbacher am Morgen des 10. November 1938 von den „Aktionen gegen die Juden“ in ganz Deutschland. Kreisleiter Dieffenbacher legte ihm und Hund nahe, daß „auch in Rastatt etwas geschehen müsse“.

Was geschah in Rastatt an diesem Tag?

Am Vormittag: Die jüdischen Männer werden verhaftet und in das Bezirksgefängnis II eingeliefert. Die Kreisleitung Rastatt ruft Angehörige der Parteigliederungen und schulpflichtige Jugendliche zusammen. Diese

ziehen durch die Straßen von Rastatt und demolieren Wohnungen und Geschäfte von Juden.

Am Nachmittag: SS-Leute demolieren die Einrichtung der Synagoge und setzen sie in Brand. Die Feuerwehr wird angewiesen, nur die Ausweitung des Brandes auf benachbarte Gebäude zu verhindern. Nur das Kantorhaus bleibt vom Brand verschont. Es steht heute noch.

Am Abend: Die Verhafteten werden vor dem Gefängnis zu einem Zug zusammengestellt und unter der Begleitung der SS durch die Stadt zum Bahnhof geführt. Ein Spielmannszug befindet sich an der Spitze und es erklingen Lieder wie „Muß i denn...“. Auf dem Weg zum Bahnhof werden die Männer beschimpft, getreten und mit Steinen beworfen. Bei der Ankunft am Bahnhof werden manche von der Menschenmenge mißhandelt. Auslöser für diese Ausschreitungen ist der Bürgermeister aus Ottersdorf, der auf einen ehemaligen jüdischen Stadtrat einschlägt.

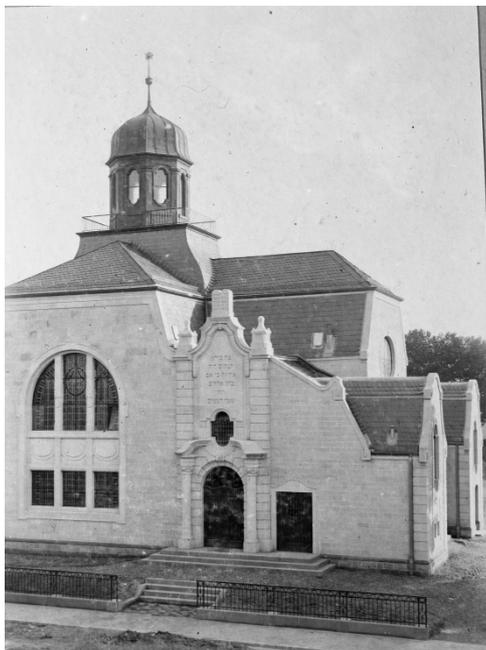
Die lokale Tagespresse berichtete über die Ausschreitungen des 10.11.1938 lediglich mit jeweils einem kurzen Artikel: Darin wurde das Unrecht an den jüdischen Bürgern nur angedeutet und das zynische Fazit gezogen: „Nicht einem Juden wurde ein Haar gekrümmt.“

aus: Rastatt 1933 bis 1945. Katalog zu einer Ausstellung des Stadtmuseums und Stadtarchivs vom 5. November 1993 bis 31. Januar 1994, S. 65-67.

Auszug aus dem Bericht des amerikanischen Generalkonsuls in Stuttgart, Samuel W. Honacker, an amerikanische Außenministerium vom 15. November 1938:

Von allen Orten in diesem Bereich Deutschlands waren die Juden in Rastatt, was in der Nähe von Baden-Baden liegt, offenbar der unbarmherzigsten Behandlung ausgesetzt. Viele Juden in dieser Gegend wurden auf grausame Weise angegriffen und geschlagen und die Einrichtung ihrer Häuser fast völlig zerstört. Praktisch alle jüdischen Männer in dieser Stadt wurden verhaftet und entweder in Gefängnisse oder Konzentrationslager gebracht.

aus: Rastatt 1933 bis 1945. Katalog zu einer Ausstellung des Stadtmuseums und Stadtarchivs vom 5. November 1993 bis 31. Januar 1994, S. 67.



© Stadtarchiv Rastatt



Neue Synagoge (erbaut 1906) vor und nach der Zerstörung.

© Stadtarchiv Rastatt

Nachtrag: Gemäß der „Verordnung über die Wiederherstellung des Straßenbildes“ vom 12.11.1938 wird den Juden deutschlandweit eine sogenannte „Sühneleistung“ von 1 Milliarde Reichsmark auferlegt. Jede jüdische Familie musste etwa ein Viertel des eigenen Vermögens als „Sühneleistung“ zahlen, hinzu kamen die Kosten für die entstandenen Schäden und Aufräumarbeiten.

Der Novemberpogrom in Deutschland

Als die Nationalsozialisten am 9. November 1938 die „Reichskristallnacht“ in Gang setzten, brannten in wenigen Stunden nahezu sämtliche jüdischen Synagogen in ganz Deutschland. Angehörige von SA und SS zertrümmerten unter tatkräftiger Hilfe vieler Schaulustiger die Schaufenster jüdischer Geschäfte, demolierten die Wohnungen jüdischer Bürger und misshandelten ihre Bewohner. Vom 7. bis zum 13. November wurden ungefähr 400 Menschen getötet oder in den Selbstmord getrieben, es gab tausende Verletzte, über 1700 zerstörte Gottes- und Gemeindehäuser und 7.500 verwüstete Geschäfte – so lautete die schreckliche Bilanz der staatlich initiierten Ausschreitungen. Etwa 30.000 Juden wurden nach den Ausschreitungen in Konzentrationslager verschleppt. Dort ließen wieder Hunderte ihr Leben.

Was das Pogrom nur eine Angelegenheit der – ohnehin ja schon sehr breiten – organisierten nationalsozialistischen Anhängerschaft, oder waren die Ausschreitungen tatsächlich Ausdruck des „Volkszorns“ gegen die Juden, wie dies die nationalsozialistische Regierung behauptete?

Diese Frage ist nicht eindeutig zu beantworten. Zum einen gab es im Nachhinein tatsächlich eine breite Stimmung gegen die unkontrollierten Krawalle. Viele Menschen verspürten ein diffuses Unbehagen darüber, dass das Aggressionspotenzial von SS und SA außer Kontrolle geraten könnte. Viele beklagten die ungeheuren materiellen Schäden, die entstanden sind, viele empfanden es auch als barbarisch, wenn wehrlose jüdische Menschen beschimpft, zusammengeprügelt und in jeder nur erdenklichen Weise gedemütigt wurden. Auf der anderen Seite fanden sich überall auch Mithelfer. Prozessakten der Nachkriegszeit zeigen, wie viele bis dahin unbescholtene Bürger, oft auch Frauen und Kinder, in den Stunden der Pogromnacht völlig außer Rand und Band gerieten und Steine werfend, prügelnd und stehend ihren Teil zum Pogrom dazutaten.

Hilfe für die Opfer dagegen gab es fast gar nicht. Polizei und Feuerwehr griffen auf Anweisung der nationalsozialistischen Funktionäre nicht ein. Sie hatten ausdrücklich nur dafür zu sorgen, dass "Arier" nicht zu Schaden kamen. Nur sehr wenige Menschen halfen beim Löschen von Bränden oder gewährten den in dieser Nacht so brutal verfolgten Juden Unterschlupf.

Häufig wird der 9. November als ein Wendepunkt der nationalsozialistischen Judenpolitik bezeichnet. Aber warum? Immerhin hatten die Nationalsozialisten vom ersten Tag ihrer Regierungsmacht an systematisch eine Politik betrieben, die auf die zunehmende Entrechtung und Ausgrenzung der Juden setzte. Bisher hatte die Regierung allerdings unter dem Anschein der Legalität mit diskriminierenden Gesetzen und Verordnungen gearbeitet. Der 9. November bedeutete nun die Umkehr zur brachialen, total enthemmten Gewalt. Die Ausschreitungen waren "von oben" eingeleitet worden, und was auch immer Juden in dieser Nacht angetan wurde, es blieb für die Täter folgenlos – mit einer Ausnahme: Es gab in der Nacht etliche Fälle von Vergewaltigungen an jüdischen Mädchen und Frauen. Einige Vergewaltiger wurden mit geringfügigen Strafen belegt. Aber nicht wegen der Vergewaltigung an sich, sondern weil sie sich des Straftatbestands "Rassenschande" schuldig gemacht hatten.